

So hört man z. B., daß vielfach die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte sich einfach für alles und jedes für zuständig halten, ohne Unterschied, ob es sich um lokale oder provinzielle oder gar staatliche Angelegenheiten handelt, um Fragen der Gesetzgebung oder Verwaltung, der Exekutive oder Überwachung. Sie wollen befehlen, was ihnen richtig erscheint, sie wollen ihre Befehle ausführen und niemandem dafür Rechenschaft ablegen — also das genaue Gegenteil einer geordneten Demokratie, die in der Trennung der Gewalten ihre sicheren Grundlagen findet und vor allen Dingen das Volk mit der Kontrolle seiner Beauftragten betraut. Dazu kommen die ungeheuren Schwierigkeiten, die durch den stürmischen Charakter unserer Demobilisierung bedingt sind und nur bei zentraler Regelung aller ungemein verwickelten Einsätze einigermaßen glatt und übersichtlich geordnet werden können. Von der ungeheuren Bedrohung einer geregelten Verpflegung gar nicht zu reden, wenn z. B., wie es auch bereits vorgekommen ist, einzelne Arbeiter- und Soldatenräte für ihre Bezirke Ausfuhrverbote erlassen — ganz so wie es in den Zeiten des gestrigen Obrigkeitsstaates die Landräte hier und da auch getan haben.

Auch an der Spitze des neuen Volkstaates, in der Reichshauptstadt, herrscht alles andere als Ordnung und — Unterordnung der Gewalten. Der grobe Unfug mit dem RSR, die sich legendäre und unmögliche Aufgaben, um im Trüben auf Fische zu angeln, hat allerdings so ziemlich aufgehört. Mehr und mehr kommt auch Sinn und Methode in den Aufbau der Behörden, das Zusammenwirken ihrer Organe. Aber bei der eigentlichen Reichsleitung klappt es noch nicht so, wie man es wünschen muß. Sie wird gebildet durch den Vollzugsrat, der aus Wahlen der Großberliner RSR hervorgegangen ist, und durch den Rat der Volksbeauftragten, den seinerseits wieder der Vollzugsrat einsetzt hat. Zwischen diesen beiden Körperlichkeiten ist es aber offenbar noch zu keiner endgültigen Abgrenzung ihrer Rechte gekommen. Wer hat zu befehlen, wer zu gehorchen? Sollen die Volksbeauftragten, also die Minister, sich auf Schritt und Tritt kontrollieren lassen, nicht nur, sondern beauftragen, anweisen, korrigieren lassen, sollen sie auf jeden eigenen politischen Willen verzichten, und in kleinen wie in großen Entscheidungen, namentlich aber in großen ohne selbständige Verantwortlichkeit lediglich an die Instruktionen des Vollzugsrates gebunden sein? Sollen sie z. B. in der Frage der Einberufung der Nationalversammlung, die schließlich für unsere ganze Zukunft entscheidend ist, ihre eigene Überzeugung ausschalten? Oder die Sozialisierung der Volkswirtschaft nach Maß und Tempo den künftigen Wünschen anpassen, auch auf die Gefahr hin, daß Deutschland dadurch vollends zugrunde gerichtet wird? Man sieht: hier geht es um schicksalsschwere Entscheidungen. Alles hängt davon ab, wer in diesem Ringen siegen wird: die ruhige Einsicht in die Lebensnotwendigkeiten eines immer noch großen Volkes oder die Parteileidenenschaft, der es mehr um die Vernichtung des Bestehenden, als um den Aufbau einer neuen Staatsordnung zu tun ist. Hier, an der Spitze der Revolution, verbindet sich mit dem Überreifer einzelner Führer der Waffendrang nach ganzer Arbeit, wie sie — in Rußland geleistet worden ist. Dieses Beispiel hat, so scheint es, immer noch nicht abschreckend genug gewirkt.

Ob das Sechsmännerkollegium stark genug sein wird, um sich mit den Befugnissen, die es braucht, gegen terroristische Kräfte jeder Art zu behaupten, kann heute noch niemand wissen. Daß wir auf unliebsame Überraschungen auch nach der Revolution gefaßt sein müssen, braucht heututage wohl nicht mehr gesagt zu werden.

Ehre der Feldarmee!

Englisch-französische Truppen am Rhein.

Die Reichsleitung hat aus dem Großen Hauptquartier 1 Wilhelmshöhe folgendes Telegramm erhalten: „Das Feldheer würde es dankbar begrüßen, wenn es beim Einrücken in das westliche Grenzgebiet und später beim Einrücken in die Garnisonen herzlich empfangen würde.“ Dieser ehrenvollen Blick wird sich niemand entziehen gegenüber den wackeren Truppen, die uns während all der schweren Jahre den Feind von den Grenzen ferngehalten haben. Aus den Städten des Westens, so aus Düsseldorf, Köln, Frankfurt und den bairischen Städten wird auch schon gemeldet, daß die rückziehenden Armeen freudig empfangen worden sind.

Die Räumung Straßburgs.

Straßburg, die letzte große Stadt der Reichslande, ist ordnungs- und planmäßig von uns geräumt und den Franzosen übergeben worden, worauf letztere die alte deutsche Reichsstadt besetzten.

Nach, 21. Nov. Heute vormittag rückte als letzte deutsche Truppe die 17. Reserve-Division aus Straßburg nach Baden ab. Zur gleichen Zeit besetzten französische Truppen die Stadt.

In den nächsten Tagen erwartet man den Besuch des Präsidenten Poincaré und des Marschalls Foch. Die Franzosen haben gleich begonnen, Stimmung für sich zu machen, was sie in erster Linie durch Lieferung billiger Lebensmittel tun, was auf eine direkte Anordnung Clemenceaus zurückzuführen ist. Aus dem Straßburger Münster wurde sofort die französische Tricolore gehißt. Der Präsident Poincaré bringt angeblich bei seinem Besuch die Tricolore mit, die 1870 am Münster wehte und von einem Franzosen aufbewahrt worden ist.

Rückmarsch der Westarmee.

Während von einem Teil der Westfront, so aus Luxemburg, gemeldet wird, daß der Rückmarsch der deutschen Heere in bester Ordnung vor sich geht, scheint das leider doch nicht überall der Fall zu sein. So wird aus der Reichshauptstadt antisch gemeldet:

Berlin, 21. Nov. Wie die deutsche Waffenstillstandskommission in Spa meldet, vermehren sich infolge des ausgeprägten übereilten Rückzuges die Marischwierigkeiten des deutschen Heeres, trotz bisher glücklichen Weiteres. Die Franzosen scheinen sich auf keine Verlängerung der Räumungsfrist einlassen zu wollen.

Weiter sagt die Waffenstillstandskommission: Die Katastrophe, d. h. Auflösung des Heeres, zügelloser Juraströmen unter Blünderung des Landes, bewaffneter Widerstand gegen den nachrückenden Feind, können jeden Tag eintreten, namentlich wenn schlechtes Wetter kommt. — Anscheinend sind es in erster Linie die siegestrunkenen Franzosen, die rückwärtslos auf der genaueren Durchführung der unmöglichen Bedingungen bestehen.

Entlassung unserer Truppen.

Wie das Kriegsministerium bekanntgibt, sind alle in der Heimat an ihrem Wohnort oder ihrem Arbeitsort mit Urlaubsschein anwesenden Offiziere des Beurlaubtenstandes, Unter-

offiziere und Mannschaften aller Jahrgänge mit Ausnahme der Jahrgänge 1896, 1897, 1898 und 1899 bis zum 30. November d. Js. aus dem Heeresdienst befreit worden. Sie erwirken sich bei der nächsten militärischen Dienststelle einen Entlassungsschein. Die gezielten Versorgungs- und Entlassungsaufträge dieser befreitwirden in ihren Urlaubsort Entlassen werden später durch die Bezirkskommandos und Meldämter geregelt. Urlaub, der sich vor dem 30. November bei ihrer Entlassung melden, werden dort mit ihrem Jahrgang ordnungsmäßig entlassen. Urlaub der Jahrgänge 96, 97, 98 und 99 begeben sich zur nächsten Entlassungsstelle, wenn sie ihren Truppenteil nicht erreichen können.

England und Madrasen.

Mit der in England stets üblichen Entlassung mocht Valfour im Unterhaus dem Generalstab den Vorwurf, daß er sich trotz des Waffenstillstandes in Rumänien kriegerischer Handlungen gegen die Alliierten schuldig gemacht habe. Hieran erwidert die deutsche Regierung nachdrücklich folgendes:

Am 9. November hat die rumänische Regierung auf Grund unmittelbarer Einwirkung der Entente ein Ultimatum an die Armee Madrasen gerichtet, das Land in 24 Stunden zu verlassen. Sowohl wegen der ungewöhnlichen und verletzenden Form dieses Ultimatum als auch wegen der technischen Unmöglichkeit, mit einer Armee von annähernd 150.000 Mann innerhalb 24 Stunden ein Land wie Rumänien zu räumen, hat anscheinend Feldmarschall Madrasen eine formelle Antwort auf das Ultimatum nicht erteilt, sondern sich mit der mündlich übermittelten Antwort begnügt, daß der Rückzug bereits im Gange sei und planmäßig fortgeführt werden würde. Am 11. November früh sind die Ententetruppen unter dem Oberbefehl des Generals Berthelot von Bulgarien her an mehreren Stellen über die Donau gegangen und haben rumänisches Gebiet besetzt. Zu feindseligen Handlungen ist es in unbedeutendem Maße nur durch den Angriff dieser Ententetruppen gegen die sich zurückziehenden deutschen Truppenteile gekommen, die selbstverständlich das größte Interesse daran hatten, nicht in neue Kämpfe verwickelt zu werden und ihren Rückzug zu gefährden. Zwischen rumänischen und deutschen Truppenteilen haben, soweit bekannt, Geleitz überhand genommen.

Umgekehrt sieht sich aber die deutsche Regierung genötigt, zu erklären, daß der französische General Berthelot am 10. November die rumänische Bevölkerung, die auch Richtkombattanten, in den gefährlichsten Ausdrücken aufgefordert hat, die deutschen Besatzer in Gemeinschaft mit den auf breiter Front die Donau überschreitenden Ententetruppen aus dem Lande zu jagen. Gegenwärtig anders lautenden Nachrichten wird noch betont, daß Madrasen sich selbstverständlich inmitten seiner Armee befindet, deren Spitzen inzwischen in Wien eingetroffen sind.

Die Nationalversammlung — Vorbedingung des Friedens.

Bern, 21. November.

Im Ministerium des Auswärtigen in Paris hat eine Sitzung stattgefunden, in der ein Regierungsvertreter die bestimmte Erklärung gab, daß ein Zusammenrücken der Friedenskonferenz erst dann zu erwarten sei, wenn in Deutschland eine Regierung bestehe, die sich auf den Willen des ganzen Volkes stütze. Nur wenn eine solche Regierung gewählt sei, könnten Verträge mit bindender Verpflichtung abgeschlossen werden. Die Entente sehe zwar der jetzigen Regierung wohlwollend gegenüber, sie verhehle sich aber nicht, daß sie eine Rührerschaft sei, die bis jetzt nicht die Mehrheit des Volkes hinter sich habe. Präsident Wilson habe bekanntlich in seinen verschiedenen Erklärungen diese Bedingung als erste Voraussetzung für völlerrechtliches Vertrauen bezeichnet.

Wie weiter von zuverlässiger deutscher Seite erklärt wird, steht die deutsche Regierung nach wie vor auf dem Standpunkt, daß sie den Reichstag als gesetzgebende Körperschaft nicht mehr anerkennen kann. Die Befassung besonderer Befugnisse beim Bundesrat ist darauf zurückzuführen, daß der Bundesrat neben seiner gesetzgebenden Tätigkeit auch eine ganze Reihe von Verwaltungsaufgaben hatte, die ihm ebenso verbleiben sollten, wie anderen, mit der Verwaltung beauftragten Instanzen und Beamten Körpern.

Der große Eisenbahnaub in Berlin.

89 Millionen Mark gestohlen.

Am Dienstagabend traf auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin ein großer Transport vom Verwaltungshaupt des Oberkommandos Madrasen ein, der im Zuge übernachtete. Dies gab einer verwegenen, auf unterrichteten Diebstahlsbande die Gelegenheit zu einem großen Raubzuge.

Am Mittwoch früh 9 Uhr erschien die angebliche „Bahnhofswache“, bestehend aus zwei Matrosen und zwei Landsturmlieuten mit den weißen Armbinden der Kommandantur und beschlagnahmten das von dem Stab mitgeführte Geld im Betrage von nicht weniger als 89 Millionen Mark in deutschen und rumänischen Banknoten; ebenso alle Lebensmittelporräte, Wagen, Pferde usw. Die umfangreichen Verhaftungen, die noch am selben Tage vorgenommen werden konnten, haben anscheinend bisher nur einen Teil des geraubten Geldes wieder zur Stelle geschafft. Weitere Ermittlungen sind im Gange.

Konferenz der deutschen Regierungen.

Einberufung zum 25. November.

Berlin, 21. November.

Die innerhalb der sozialdemokratischen Richtungen bestehenden tiefen Gegensätze haben bekanntlich gerade in den letzten Tagen in Berlin zu scharfen Zusammenstößen über die Zuständigkeitsfragen geführt. Nicht minder ist es die Forderung der Nationalversammlung, deren Einberufung von der Reichsregierung befürwortet, dagegen überaus heftig aus dem Vollzugsrat des Berliner RSR bekämpft wird. Die Regierung hat nun in dieser verworrenen Situation einen Schritt unternommen, von dem sie anscheinend Klärung erwartet. Sie beruft gleichsam einen neuen Bundesrat ein, wie folgende amtliche Kundgebung zeigt:

Die Reichsregierung hat die Regierungen der einzelnen Freistaaten auf telegraphischem Wege zu einer Konferenz eingeladen, die am Montag den 25. November 1918 im Kongresssaal des Reichskanzlerhauses stattfinden soll. Gegenstand der Konferenz ist die Besprechung der politischen Lage, die Darlegung der von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen und die Verständigung über das gemeinsame Zusammenwirken zwischen der Reichsleitung und den Regierungen der Freistaaten.

Wahlherwerbe sind bei der Einberufung auch die Freirichte aus Süddeutschland über Abföhrungsbestrebungen und Sondervorgehen in einzelnen bisherigen Bundesstaaten mit maßgebend gewesen. Zur Hauptsache aber wird wohl die Festigung der bestehenden Reichsregierung gegenüber den Auflösungsstrebungen im eigenen oder nahe verwandten Lager der Antrieb zu der Konferenz gewesen sein.

Die Reichsregierung läßt bekannt machen, daß von der Front und aus der Heimat, sowie von Arbeiterräten unzählige Begrüßungen zugegangen sind, deren Abänder sich regelmäßig auf die von der Regierung vertretenen Grundsätze stützen und diese unterstützen wollen. Insbesondere wird überall der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die verfassungsgebende Nationalversammlung sobald als möglich einberufen werde. Der Breslauer Volksrat, Zentralrat für die Provinz Schlesien, nahm einen von beiden sozialdemokratischen Fraktionen gestellten Antrag für möglichst baldige Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung an. Der Volksrat lehnt es ab, den Willen gewisser örtlicher Einzelorganisationen als maßgebend für die Gestaltung der deutschen Republik anzuerkennen. Die Entscheidung über Einverständnis mit dem Zentral-Soldatenrat des 6. Armeekorps erfolgt.

3 Millionen englische Verurteile.

Im Unterhaus gab die Regierung bekannt, daß bis zum 1. November 1918 die britischen Gesamtverluste an Toten, Verwundeten, Vermissten und Gefangenen ausschließlich der Luftstreitkräfte, aber mit Einschluß der Dominions und Indiens, 3.049.991 Mann betragen. Die Verluste verteilten sich wie folgt: in Frankreich tot: 32.769 Offiziere, 626.842 Mann, Gesamtverluste 126.757 Offiziere, 2.504.895 Mann; in Italien 88 Offiziere, 941 Mann, Gesamtverluste 153 Offiziere, 6480 Mann; Dardanellen tot: 1780 Offiziere, 31.787 Mann, Gesamtverluste 5053 Offiziere, 114.676 Mann; Saloniki tot: 285 Offiziere, 7390 Mann, Gesamtverluste 1217 Offiziere, 26.101 Mann; Mesopotamien tot: 1840 Offiziere, 29.760 Mann, Gesamtverluste 4335 Offiziere, 99.244 Mann; Ägypten tot: 1008 Offiziere, 14.794 Mann, Gesamtverluste 3592 Offiziere, 54.261 Mann; Ostafrika tot: 570 Offiziere, 8724 Mann; Gesamtverluste 896 Offiziere, 16.929 Mann; auf anderen Kriegsschauplätzen tot: 133 Offiziere, 690 Mann, Gesamtverluste 326 Offiziere, 2971 Mann.

Die englische Rheinarmee.

Nach einer Meldung aus London ist eine besondere englische Rheinarmee gebildet worden zur Befestigung des Rheinlandes, und zwar ist es die 4. britische Armee unter General Rawlinson. Dieser erhielt einen Befehl an seine Truppen, worin er sie auffordert, nach Überschreiten der deutschen Grenze zu zeigen, daß britische Soldaten nicht gegen Frauen, Kinder und alte schwache Leute kämpfen. Auch das Großherzogtum Luxemburg wird von der Entente besetzt und zwar von Franzosen und Amerikanern. In die nahe dabei gelegene Festung Longwy hat bereits amerikanische Truppen eingezogen. Inzwischen betrogen nach Pariser Meldungen die zur Befestigung der deutschen Gebiete aufgestellten Armeen der Entente 1/3 Millionen Mann.

Verschiedene Meldungen.

Berlin, 21. Nov. Die baltische Landesverteilung hat an die deutsche Regierung die Bitte gerichtet, zum Schutze des Baltikums deutsche Besatzungen zurückzulassen.

Prag, 21. Nov. Landesverteilungsminister Alois Farka, daß die Regierung an keine Mobilisierung der Damit dürfte der slowakische Feldzug erledigt und die Entscheidung über die nordwestungarischen Komitate der Friedenskonferenz anheimgestellt sein.

Wien, 21. Nov. Deute trafen fünf englische Sanitätsautomobile hier ein. Sie bringen Lebensmittel für die Kriegsgefangenen der Ententevölker.

Krakau, 21. Nov. In Lemberg wurde ein 48stündiger Waffenstillstand geschlossen, der beiderseits mit vollständiger Frist vor dem Endtermin gekündigt werden kann.

London, 21. Nov. Der britische Minenluchser „Heron“ wurde am 10. November an der Nordostküste von England von einem deutschen Unterseeboot torpediert und mit der gesamten Besatzung versenkt. 16 Offiziere, 47 Mann sind gekommen.

Amsterdam, 21. Nov. Nach einem Reuters-Telegramm sind beim Einzug der französischen Truppen in Metz die Standbilder Kaiser Wilhelms I., Kaiser Friedrichs und Kaiser Friedrich Karls durch die Menge von den Sockeln gestoßen worden.

New York, 21. Nov. Die Demobilisierung der Vereinigten Staaten soll in der Weise erfolgen, daß 100.000 Mann bis zur Höhe von 1.700.000 entlassen werden sollen.

Berlin, 21. Nov. Die verantwortliche Gegenzeichnung des preussischen Kriegsministers ist dem Oberleutnant von Witzleben des Soldatenrates, übertragen worden.

Budapest, 21. Nov. Der ungarische Ministerpräsident hat einen dringlichen Protest an den Kriegsrat der Entente gerichtet gegen das Verhalten der serbischen Besatzungsmächte, die an zahlreichen Stellen schwere Verfehlungen gegen die Bevölkerung sich zu schulden kommen lassen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Eine neue Kriegsteuerzulage für die Arbeiter- und Staatsbeamten sowie die in Staatsbedienstung stehenden Lohnangestellten steht in Aussicht. namentlich von zuständiger Seite erklärt wird, besteht der neuen Regierung, d. h. im Reichshauptamt und preussischen Finanzministerium die Absicht, vorbehaltlich späterer grundsätzlicher Beschlüsse, Formen hier schon noch einmal mit bestender Hand einzugreifen. In wenigen Tagen konnte bereits der Minister der öffentlichen Arbeiten im Einverständnis mit den genannten Ämtern den Vertretern der großen Eisenbahngesellschaften eine Wiederholung der einmaligen Kriegsteuerzulage als unmittelbar bevorstehend ankündigen. Die Zahlbarmachung der neuen, etwa in derselben Höhe wie die Septemberzulage zu gewährenden einmaligen Kriegsteuerzulage soll so beschleunigt werden, daß bereits in der ersten Hälfte des Dezember, spätestens bis Weihnachten erfolgen wird.

+ Die Frage der Sozialisierung von Vertriebenen wird von der neuen Regierung weiter geprüft. Die Kommission, die die Regierung zur Erstattung eines dahingehenden schleunigen Gutachtens eingesetzt hat, wird aus folgenden Mitgliedern bestehen: Professor Walldorf, Professor Franz Franke, Walter Rathenau, Privatdozent Dr. Robert Dr. Bogelstein, Dr. Rudolf Hilferding, Karl Rautenbach, Heinrich Lunow und Otto Gué. Es ist möglich, daß noch weitere Mitglieder hinzugezogen werden.

+ Für
tritt der
nachdrück
den Reich
gerleibt
berita in
Regierung
mit Miß
die Deut
müßten
Ostereich
nabel di
schick an
Industrie
innerhalb
Deutschla
möglichst
+ V
sicher ei
einer ei
sind ge
föhlge
Deutscher
liberalen
— Ein R
denfalls
monach de
deutsche R
der Zentr
Beltschlü
+ Die
reichs im
Demgegen
läßt, daß
emals ein
+ Aber
Konfultate
in Verleis
Danach d
der Berli
russische
außerorde
revolution
deutsche
Kriegsgefa
wurde zwei
glieder ge
den Fäbr
Franz Betr
kibet, das
kommission
Initiative
Roge in D
Aus In
Warsch
regiment.
Kriegsgefa
Kerne nac
verlassen
Dortum
den Barre
angelegt
Genf, 2
Stimmung
das Deutsc
Daag, 1
Dr. Erläut
sagt für W
Abbrü
In ein
Kauf wir
der Abbrü
Friedensm
alle deutsc
gefallen ist
zeigt u. a.
Das W
etwa eine
Lammench
der ganze
Frage gest
in die
Die Aufst
in Ruhe
helfen un
deutschen
sich in
Transport
über Noth
legenheit
erlassen m
unternehm
werden soll
Dann m
Deutschla
auf die B
Arbeit frei
Austreiter
und Wasser
Arbeitkräfte
eine Arbeits
nennen Orga
müssen des
verfügt werd
verbraucht we
nach Radme
kommen, che
beidegele
kann.
So ist ei
ein willkürli
eigenen
schlechten
nicht darunt
schen, der no
ist ihm noch
in jener Reib
macht, d
weiter entlass
kann.
Schließl
werde es ni
Arbeitnehmer
schadet, alle
dann sie es
müssen. We
will, wird
schick sucht
in nächsten

Die deutsche Bevölkerung in Deutschland
Für den Anschluß Deutschböhmen an Deutschland
tritt der deutschböhmisches Landeshauptmann Logemann
nachdrücklich ein. Er erklärte, falls Deutschböhmen durch
den Nachdruck der Entente dem tschechischen Staat ein-
verleibt würde, die deutsche Bevölkerung nur als Irre-
denta in den tschechischen Staat eintrete. Die tschechische
Regierung müßte dann die Bewegung der Deutschen stets
mit Militärgewalt niederhalten. Freiwillig werden sich
die Deutschen nie einverleiben lassen. Die Deutschböhmen
müßten zwischen dem Verbleiben im Rahmen Deutsch-
Österreichs oder Anschluß an das Deutsche Reich wählen,
wobei die Entwicklung der Situation mehr für den An-
schluß an Deutschland spricht. Auch die deutschböhmisches
Industrie komme immer mehr zu der Erkenntnis, daß sie
innerhalb des großen einheitlichen Wirtschaftsgebietes
Deutschlands vollständige Entwicklungs- und Konkurrenz-
möglichkeithabe.

Die Verhandlungen zwischen Fortschritt-
licher Volkspartei und Nationalliberalen zur Bildung
einer einheitlichen bürgerlichen demokratischen Partei
sind gescheitert. Einige Nationalliberale des linken
Flügels schließen sich der vom Fortschritt gebildeten
„Deutschen demokratischen Partei“ an; die Rechtsnational-
liberalen wollen ein neues Programm veröffentlichen.
Ein Kreis dem Zentrum angehörender Männer erläßt
ebenfalls einen Aufruf mit demokratischen Grundätzen,
wonach der Name der Zentrumsparlei den Zusatz „Freie
deutsche Volkspartei“ erhalten soll. Der Generalsekretär
der Zentrumsparlei teilt allerdings mit, daß noch keine
Beschlüsse der Gesamtpartei vorliegen.

Die Gerüchte von einem Friedensangebot Frank-
reichs im Jahre 1918 machen wieder einmal die Runde.
Demgegenüber, so wird antwortet, wie schon wiederholt, er-
klärt, daß keiner der Feinde Deutschlands im Weltkriege
einmal ein Friedensangebot gemacht hat.

Über die russischen Gewalttaten gegen die deutschen
Konkulate namentlich in Moskau berichtet der aus Moskau
in Verleibung entlassene Konsulatsarzt Steller näheres.
Danach drangen am 10. November nach Bekanntwerden
der Berliner Revolution tschechische, ungarische und
russische Internationalisten und Vertreter der russischen
„außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegen-
revolution“ im Einverständnis mit Nadel bewaffnet in das
deutsche Generalkonsulat und die Hauptkommission für
Kriegsgefangene ein und verhafteten das Personal. Sodann
wurde zwangsweise ein deutsches Komitee aus fünf Mit-
gliedern gewählt. Als darunter drei Beamte fielen, was
den Führern der Eindringlinge, Thoman, Voehm und
Franz Petrona nicht paßte, wurde ein neues Komitee ge-
bildet, das die Leitung des Konsulats und der Haupt-
kommission übernahm. Deutsche Soldaten hatten nicht die
Initiative. In Moskau eingehende Nachrichten über die
Lage in Deutschland werden systematisch verfälscht.

Aus In- und Ausland.
Warschau, 21. Nov. Ein deutsches Infanterie-
regiment, das sich in Warschau in der Kaserne an der
Kopelstraße fest verbarrikadiert hatte und sich bis zum
Aussterben wehrte, ohne sich ergeben zu wollen, hat die
Kaserne nach einer die ganze Nacht andauernden Beschießung
verlassen.

Dortmund, 21. Nov. Der evangelische Oberkirchenrat hat
den Pfarrer D. Traub in seine früheren Pfarrerrechte wieder
eingesetzt.

Genf, 21. Nov. In den Vorleser Blättern wird lebhaft
Stimmung gegen den Anschluß Deutsch-Österreichs an
das Deutsche Reich gemacht.

Osag, 21. Nov. Der holländische Kammerpräsident gab
die Erklärung ab, daß die holländische Regierung das Ge-
setz für Wilhelm II. nicht antasten lassen wird.

Abrüstung — Friedenswirtschaft.

Ein Aufruf zur Mitarbeit.

In einem von der jetzigen Regierung ausgehenden
Aufruf wird als das Ziel aller Maßnahmen, die jetzt bei
der Abrüstung getroffen werden, der Aufbau einer neuen
Friedenswirtschaft, der Anfang einer besseren Zukunft für
alle deutschen Männer und Frauen bezeichnet. Was draußen
verloren ist, soll in der Heimat gewonnen sein. Denn es
heißt u. a. weiter:

Das Wirtschaftsleben bedeutet eine Organisation, wie
eine Maschine. Alle Teile stehen in einem inneren Zu-
sammenhang miteinander. Wenn ein Rad falsch läuft, wird
der ganze Apparat gestört und in seinem Arbeitsvermögen
verringert. Jeder ist also ein Glied in dieser Maschine
und in diesem Zusammenhang des ganzen Wirtschaftslebens.
Die Auflösung des Heeres muß schon aus diesem Grunde
in Ruhe und Ordnung vor sich gehen. Jeder muß dabei
halten und hilft dadurch sich selbst, seiner Familie und dem
deutschen Vaterland. Wir wissen alle, daß der Wirtschafts-
aufbau sich in bestimmten Stufen abspielt. Zuerst müssen die
Transportmittel richtig arbeiten, damit jedermann und
überallhin dorthin gebracht werden kann, wo die Arbeits-
möglichkeiten winken, also müssen zuerst alle jene Soldaten
entlassen werden, die bei den Verkehrs- und Transport-
unternehmungen tätig waren und dort auch wieder eingestellt
werden sollen.

Dann müssen Rohstoffe beschafft werden, wo immer in
Deutschland sie gewonnen werden können. — Demgemäß
sollen die Bergarbeiter so rasch wie irgendmöglich für ihre
Arbeit freigegeben werden. Hierzu, wie überhaupt zur
Aufrechterhaltung unseres ganzen Lebens ist Elektrizität, Gas
und Wasser unentbehrlich. Deshalb müssen auch dafür die
Arbeitskräfte gestellt werden. Viele können nicht ohne weiteres
eine Arbeitsgelegenheit finden. Die Arbeitsnachweise und die
sonstigen Organisationen der Arbeiter wie auch der Arbeitgeber
müssen deshalb möglichst rasch für die großen Aufgaben
gerüstet werden, für die sie bei der Rückkehr der Soldaten
zurückgelassen werden — die Angestellten dieser Organisationen
und Nachweise müssen daher ihre Tätigkeit aufnehmen
sowie, ehe die Arbeitnehmer in der Heimat passende
Arbeitsgelegenheit zu angemessenen Bedingungen finden
können.

So ist eine gleichzeitige Entlassung von allen oder gar
ein willkürliches Weglaufen von der Truppe unvereinbar mit
ihren eigenen wichtigsten Bedürfnissen. Unter ganzem Wir-
tschaftsleben käme durcheinander und sie würden auf schwere
Weise darunter leiden. Selbstverständlich wird niemand ent-
lassen, der noch nicht entlassen werden will; die Truppe wird
für ihn noch weiter sorgen. Ebenso selbstverständlich werden
in seiner Reihenfolge, wie der Wirtschaftsbetrieb sie erforder-
lich macht, die älteren Jahrgänge zuerst und die jüngeren
danach entlassen werden; Familienväter früher als ledige
Männer.

Schließlich sagt der Aufruf, an Arbeitsgelegenheit
wird es nicht fehlen. Die Arbeitgeber haben sich den
Arbeitnehmer-Organisationen gegenüber schon bindend ver-
pflichtet, alle ihre früheren Arbeiter und Angestellten,
wenn sie es wünschen, wieder in der gleichen Stelle ein-
zusetzen. Wer nicht in seine alte Arbeitsstelle zurückkehren
will, wird dazu in keiner Weise gezwungen. Wer neue
Arbeit sucht, wende sich an den Arbeitsnachweis, der ihm
den nächsten weist.

Voraussetzung für einen richtigen Gang dieses
Maschine ist aber, wie immer betont werden muß, daß die
Auflösung des Heeres in Ruhe und Ordnung und nach
den allgemeinen Vorschriften und Plänen sich abspielt.
Der einzelne muß sich dem ganzen unterordnen. Alle
für einen, einer für alle — das sei die Lösung!

Besonders ist zu warnen, sich mit Gewalt in die
großen Industriebezirke zu drängen, wo die Schwierig-
keiten der Ernährung und der Unterkunft — wie alle
wissen — besonders groß sind.

Es wäre auch unklug, nur in Großbetrieben nach
Arbeit zu fragen. Die Arbeitsgelegenheit auf dem Lande
und in den kleinen Betrieben ist vielfach günstiger. Für
gute Löhne und Arbeitsbedingungen wird in Stadt und
Land, in Groß- und Kleinbetrieben gleichmäßig gesorgt.

Schlußdienst.

(Druck- und Korrespondenz-Meldungen.)
Regierung und NSD.

Berlin, 21. Nov. Die Verhandlungen zwischen dem Rat
der Volksbeauftragten und dem Ausschuss der NSD über die
Abgrenzung der Regierung und Verwaltungsbefugnisse, sind,
wie man von amtlicher Seite hört, noch zu keinem Abschluß
gelangt, verlaufen aber befriedigend. Wie zu hoffen steht,
wird zwischen den verschiedenen Instanzen eine reinliche
Scheidung ausfindig kommen. Den NSD sollen direkte Ein-
griffe nur in solchen Fällen, wo Gefahr im Verzuge ist, über-
lassen bleiben.

Bergeltungsmassnahmen gegen die Sowjetregierung.
Berlin, 21. Nov. Die Bergeltung der deutschen
Konkulate in Moskau und Petersburg stellt sich als ein
Völkerrechtsbruch schlimmster Art dar. Die Dinge liegen nicht
so, daß die bolschewistische Regierung die deutschen Konkulate
nicht als Organe der gegenwärtigen Regierung anerkennt,
sondern daß sie im Gegenteil in ihnen nur die Vertreter der
früheren Hohenzollernregierung zu sehen vorgibt. Der deutsche
Protest wird in Moskau durch schwedische Vermittlung über-
reicht werden. Als Bergeltungsmassnahme wird die Festnahme
der aus der Schweiz ausgewiesenen, zurzeit in Konstanz
weilenden bolschewistischen Gesandtschaft erwogen.

Aufruf der nationalliberalen Partei.
Berlin, 21. Nov. Die Zentralleitung der nationalliberalen
Partei veröffentlicht einen Aufruf, der u. a. folgende Haupt-
forderungen aufstellt: Ruhe und Ordnung im Innern, Ein-
berufung der Konstituante, baldiger Friedensschluß.

Keine Einigung zwischen Rechts- und Linkssozialisten.
Berlin, 21. Nov. Die Freiheit, das Organ der Unab-
hängigen Sozialdemokraten, schreibt: Bürgerliche Blätter
bringen Meldungen über angebliche Einigungsverhandlungen
zwischen der alten sozialdemokratischen Partei und der
Unabhängigen. Uns ist von solchen Verhandlungen nichts
bekannt und es besteht auf unserer Seite gar keine Absicht,
auf solche Verhandlungen einzugehen. Die Freiheit meint
weiter, das Fortbestehen der Unabhängigen sei von größter
Bedeutung und daß ihnen noch große Aufgaben bevorstehen.
deren Lösung durch die Verbindung mit der alten Partei
nicht gefördert werden.

Frieden nur mit einer allgemein unterstützten Regierung.
Rotterdam, 21. Nov. Staatssekretär Lansing erklärte
im Kongreß der Vereinigten Staaten, daß der Vorfrieden
mit Deutschland wahrscheinlich bald zustande kommen werde.
Der eigentliche Frieden könne nur mit einer Regierung ab-
geschlossen werden, hinter der alle Parteien stünden. Weder
eine kapitalistische, noch eine sozialistische Republik sei
Ausdruck des Volkswillens, sondern eine durch alle Staats-
bürger gestützte Regierung.

Fünf deutsche Armeen im Anmarsch zum Rhein.
Düsseldorf, 21. Nov. Von der Front kommend, nähern
sich fünf deutsche Armeen dem Rhein, um diesen zwischen
Düsseldorf und Bingen zu überschreiten. Es befinden sich
darunter die Armeen v. Einem, v. Arnim und v. d. Marwitz.

Deutsche Munitionslager in Ententehänden.
Straßburg, 21. Nov. Die Ententetruppen haben die Ver-
waltung großer deutscher Munitionslager übernommen, die
von den abziehenden deutschen Truppen zurückgelassen wor-
den.

Folgen des Waffenstillstandes für — Belgien.
Osag, 21. Nov. Das Hauptquartier der Alliierten sandte
einen Rundpruch an seine Vertreter bei der Waffenstillstands-
kommission in Spa, daß in bestimmten Fabriken von Bel-
gien Arbeitslosigkeit infolge des Rohstoffmangels bevorsteht.
Die Werke erwarten einen massenhaften Transport, der der
Rhein überschritten hat, aber durch die gegenwärtigen
militärischen Operationen weiteraufgehalten wird. Es sollen sofort
Schritte ergriffen werden, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Wilhelm II. nicht mehr interniert.
Osag, 21. Nov. Die holländische Regierung betrachtet
Wilhelm II. nicht mehr als deutschen Offizier und die Vor-
schriften der Internierung werden deshalb gegen ihn nicht
mehr zur Anwendung gebracht.

Wird Deutschland mit Nahrungsmitteln versorgt?
Osag, 21. Nov. „Hollandsche Nieuwsburo“ meldet aus
New York: Die gesamte amerikanische Presse beschäftigt sich
mit der Rolle der deutschen Regierung an Wilson, in der
Widerung der Waffenstillstandsbedingungen und Nahrungs-
mittelversorgung befragt wird. Verschiedene Blätter stehen
auf dem Standpunkt, daß man auf die deutschen Zustände
keinerlei Rücksicht zu nehmen braucht. Andere republikanische
Blätter sind der Ansicht, daß man Deutschland sobald wie
möglich mit Nahrungsmitteln versorgen müsse, damit die
Ordnung im Lande aufrechterhalten bleibe.

Marshall Joch in Paris.
Genf, 21. Nov. „Echo de Paris“ teilt mit, daß Marshall
Joch zu erneuten wichtigen Besprechungen aus dem Großen
Hauptquartier in Paris eingetroffen ist.

Aufnahme des Schiffsverkehrs mit Deutschland.
Christiansa, 21. Nov. Die Bergensche Dampfschiffge-
sellschaft trifft Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der
Routen nach Hamburg, Rotterdam, England und Island. —
Räuslich wurde die norwegische Regierung um Erlaubnis zur
Ausfuhr von 50 000 Tonnen Fischen nach Deutschland ersucht;
man glaubt, daß England hierzu die Erlaubnis geben werde.
Die Ausfuhr wird wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen
beginnen.

Dr. Ziemer verbleibt in Rom.
Laibach, 21. Nov. Nach einem Telegramm aus Rom
bleiben die Italiener dem entschiedenen Besatz der Entente,
Rome zu räumen, nicht Folge, sondern dagegen auch die
Umgebung. Sie marschieren gegen Rom.

Frankische Truppen in Böhmen.
Prag, 21. Nov. In den nächsten Tagen wird das Ein-
treffen von vier frankischen Divisionen in Böhmen erwartet.

Ein türkisches Kabinett kommt.
Osag, 21. Nov. Aus London wird gemeldet: Tenzil
Pasha, der frühere türkische Gesandte in London, wurde zum
Großwesir ernannt und hat ein verhandlungsfreundliches Kabinett
gebildet.

Locales und Provinziales.

Westblatt für den 23. November.

Sonnenaufgang	7 ³⁰	Monduntergang	17 ⁴⁰
Sonnenuntergang	9 ³⁴	Mondaufgang	9 ³⁴

1890 Herzog Adolf von Nassau wird Großherzog von
Sachsen. — 1907 Rechtslehrer Heinrich Denburg gest. —
1909 Maler Otto Sindling gest. — 1915 Maler Gabriel von
Maz gest.

Erleichterungen bei der Bezugsscheinplicht. Die
Textil- und Wollindustrie, steht eine große Erleichterung
der Bezugsscheinplicht unmittelbar bevor. Es sollen auf
die Freiliste gesetzt werden: Tischwäsche, Kragen, Manichetten,
Vorhemden und Scheuertücher, wahrscheinlich auch Taschentü-
cher. Ferner sollen alle unbedruckten Gewebe bezugschein-
frei sein, nicht nur unbedruckte baumwollene Kleidungsstoffe, wie
es bisher hieß. Auf Bettwäsche sollen Bezugscheine
wieder ausgesetzt werden. Die Bestandsprüfung soll
zum großen Teil wegfallen. Es sollen vielmehr bei ver-
einfachter Bedarfsprüfung gegen einen Bezugschein ein
Winterkleid und ein Wintermantel ohne weiteres gewährt
werden. Die kommunale Beschlagnahme der Tischwäsche
wird aufgehoben. Im Monat Dezember sollen weitere
Erleichterungen der Bezugsscheinplicht eintreten. Man
hofft, bis zum April die Bezugsscheinplicht ganz beseitigt
zu haben. Die Kaufleute werden jedoch ersucht, die am-
tliche Bekanntmachung hierüber abzuwarten, da noch keine
endgültigen Beschlüsse vorliegen.

Im Interesse der Aufrechterhaltung der Disziplin
und zur Verhütung von Ausschreitungen in den Orten mit
Kruppenkonzentrationen kann es der Einwohnerwehr nicht
dingend genug ans Herz gelegt werden, den Soldaten Wein
und sonstigen Alkohol nicht in größeren Mengen zu verabreichen.

Unterlaube Entfernung vom Heere. Der
Arbeiter- und Soldatenrat des freiwilligen Generalkomman-
dos des 18. Armeekorps macht bekannt, daß alle Soldaten,
Mannschaften wie Offiziere, welche sich anlaßt von ihrem
Truppenteil entfernen, nicht nur strenge Befragung zu ge-
wärtigen haben, sondern auch jedes Anspruchs auf Ver-
mittlung, Verpflegung und Quartier, auf Rente, Entlassungs-
gebühr, Marschgebühr, usw. verlustig gehen. Wer nicht ord-
nungsgemäß entlassen in das besetzte Gebiet kommt, setzt sich
außerdem noch der Gefahr der Internierung aus!

Dankjagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem
Verluste unserer lieben Eltern, Eltern, Schwiegereltern,
Brüder, Schwäger und Onkel

Herrn Christian Zeilinger

fügen wir allen, besonders Herrn Stefan Wagner für die
herzlichen Worte am Grabe, den Herren Beamten der
Eisen- und Silberhütte, seinen Arbeitskollegen, den Schul-
kommissionen, der freiwilligen Feuerwehr, den vielen An-
gehörigen und allen, die ihm das letzte Geleit gaben, unsern
herzlichsten Dank.

Braunach, 25. Nov. 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Janette Zeilinger.

Wirfungsausgabe

von heute nachmittag 1.30 Uhr ab am Stadtbahnhof. Der
Zentraler kostet 16 Mk. Nummerausgabe und Bezahlung im
Vordemittelbüro.

A—B von 1—3 Uhr, K—N von 3—4.30 Uhr.
Der Bürgermeister.

Der Kommandeur der gestern hier einquartiert gewesen
Eisenbahn-Kompagnie läßt den Quartierwirt für die
gastfreundliche Aufnahme der Truppen von herzlichsten Dank
ausprechen.

Braunach, 24. Nov. 1918.

Der Bürgermeister.

Reinhaltung der Straßenrinnen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß es unstatthaft
ist, Schmutzwasser in die Straßenrinnen zu leiten; letztere
sind nur zur Aufnahme des Regenwassers geschaffen.

Wer Schmutzwasser in die Straßenrinnen abführt und
dieses verunreinigt, wird unmissverständlich bestraft. Für Unge-
stände, die durch Unsauberkeit vor den Hausgrundstücken stehen,
ist der Hausbesitzer selbst haftbar.

Die Polizei-Verwaltung.

Arbeitsnachweisse

befindet sich bei dem bisherigen Inhaber der Arbeitsnachweisse
Herrn Jos. Weil zu Oberbachheim.

Der Bürgermeister.

Leitung der Wasserleitung.

Bei einwirkendem Frost wird der Schutz der Wasser-
leitungsrohre durch Umwickeln mit Stroh und dergl. in Er-
innerung gebracht. Für entstehende Schäden sind die Haus-
besitzer selbst haftbar.

Bienenhonig für Grippe-Kranke

pro Person 1 Pf. zu 5.50 Mk. wird am Dienstag bei
Herrn Weibach abgegeben.

Nummerausgabe und Bezahlung im Vordemittelbüro.
A—B von 1—3 Uhr, K—N von 3—4 Uhr.

Der Bürgermeister.

Wetterbericht.

Gelind, Regen.

171